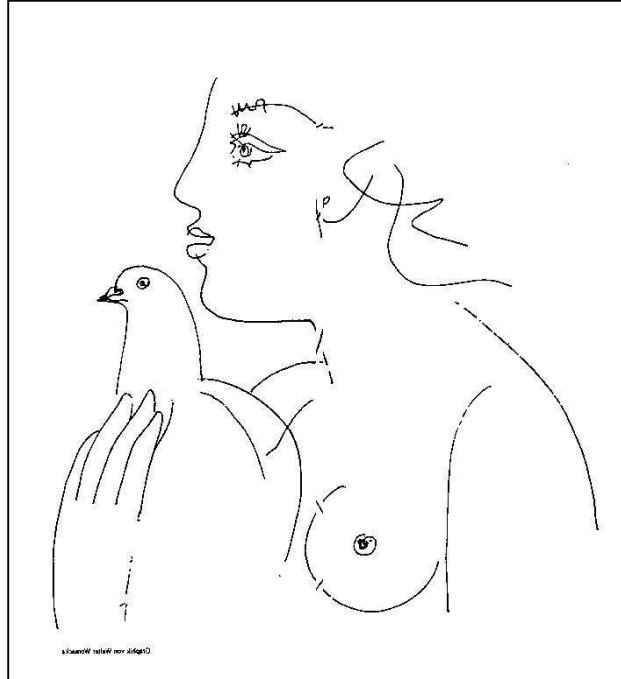


Nr. 193



Beiträge gegen das Vergessen

Die Gründung der SED als Garant der revolutionären geschichtlichen Veränderungen auf deutschem Boden

von

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Redaktionsschluss: Dresden, 30. Januar 2016

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Das war die Sicht namhafter DDR-Historiker auf die Gründung der SED im Jahr 1989 (1). Diese Überschrift unterstreicht die geschichtliche Dimension, die in der DDR dem Ereignis zugemessen worden ist. Das Foto mit dem Händedruck Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls dürfte in der DDR fast jedem bekannt gewesen sein. Die Einheit der Arbeiterbewegung war einerseits die Konsequenz aus den Erfahrungen aus der Zeit des Faschismus, andererseits die entscheidende Bedingung für die antifaschistisch - demokratische Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone und die Entwicklung der späteren DDR.

Gerade weil die Vereinigung von KPD und SPD ein herausragendes Ereignis von internationaler Bedeutung und Wirkung war, haben sich bürgerliche Ideologen und Renegaten unterschiedlichen Kalibers des Themas bevorzugt angenommen. In Presse, Fernsehen und Politikerreden dominiert heute der Begriff „Zwangvereinigung“, damit einem der positivsten Ereignisse der Nachkriegsgeschichte ein Kainszeichen aufgedrückt wird. In einer Analyse Günter Bensors lesen wir: „Der erste in Westdeutschland publizierte Abriss des Vereinigungsprozesses stammt von Gustav Dahrendorf. Er veröffentlichte ihn 1946 in Hamburg als Manuskriptdruck unter dem Titel: „Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone.“ Dahrendorf, der im Jahre 1945 mit starken Worten für eine sozialistische Einheitspartei plädiert und noch im Dezember 1945 seine Unterschrift unter die gemeinsame EntschlieÙung zur Vorbereitung einer einheitlichen Arbeiterpartei auf dem Boden des Marxismus gesetzt hatte, entpuppte sich als deren Gegner, als sich deutlich abzeichnete, dass dies eine wahrhaft revolutionäre Klassenpartei sein wird. Symptomatisch in der Schrift Dahrendorfs war mithin nicht nur ihr gehässiger Antikommunismus, sondern auch die Person des Autors, denn

1 Autorenkollektiv unter der Leitung von Rolf Badsführer: Deutsche Geschichte Band 9 Berlin 1989 S.183

mit Leonhard, Gniffke, Thape, Weber und Stern folgte ihm noch so mancher Überläufer, der sich die Rolle des besten Kenners und sachkundigen Kritikers - nach amerikanischer Terminologie eines Insiderinformanten - der SED und ihrer Entstehungsgeschichte anmaßte."(2) Angesichts der Bedeutung, dem Dahrendorf und andere bis heute dem *Zwang* bei der Vereinigung zumessen, soll hier an einige Tatsachen erinnert werden. Der Begriff ist Sozialdemokraten geläufig. Der Exilvorstand der SPD (SOPADE) veröffentlichte am 20. Januar 1934, ein Jahr nach der „Machtübernahme“ durch Hitler das „Prager Manifest“ über „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“.

Darin heißt es u. a.: „Wir haben den Weg, wir haben das Ziel des Kampfes gezeigt. Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär.“

Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt."(3) Der SPD-Vorstand war 1934 für diesen Zwang.

Ist ein revolutionärer Kampf Gewaltanwendung? Ist der „Zwang der Geschichte“ von vornherein etwas Negatives? Welcher Staat verzichtet auf „Zwang“ und das „Gewaltmonopol“?

Einer, der an führender Stelle beim Einigungsprozess mit glühendem Herzen dabei war, Otto Buchwitz, polemisierte

2 Autorenkollektiv a.a.O. S.666

3 Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1984 S.237 In den Programmen der deutschen Sozialdemokratie, 1995 in Bonn mit einem Vorwort Rudolf Scharpings abgedruckt worden sind, fehlt das Prager Manifest

gegen die Verleumder: „Es wurde von der reaktionären Presse in Berlin und im Westen oft gesagt, die Vereinigung bei uns erfolge unter einem Druck. Ja gewiss, natürlich stehen wir unter einem Druck. Wir stehen unter dem Druck der Lebenswirklichkeiten, der Notwendigkeiten des deutschen Volkes. Das ist Druck! Ich sage ihnen: Unter Druck würde ich mich nie stellen lassen. Ich habe zwölf Jahre Hitler getrotzt, so lasse ich mich auch jetzt nicht unter Druck setzen. Ich gehe mit klarster Aufgeschlossenheit an die Einigung heran und bin stolz darauf, dass wir sie vollenden können. Es gab Leute und es waren nicht die schlechtesten, die der Meinung waren, wenn die Vereinigung der beiden Parteien zu früh vollendet werde, dann würden die suchenden Menschen den Weg nicht zu unserer Partei finden. Das ist durch die Tatsachen widerlegt.“(4)

Dass Renegaten an der Spitze derer marschierten, die die Entstehung und Geschichte der SED verleumden erklärt sich nicht nur daraus, dass sie Soldschreiber des Kapitals sind, sondern auch aus ihrem schlechten Gewissen. Wolfgang Leonhard hat bis zu seinem Tode über seine Moskauer Zeit geschrieben und geredet und über sein Wirken in der „Gruppe Ulbricht“. Sein vermeintliches Insiderwissen vermarktete er über sechs Jahrzehnte. Als Schwanengesang veröffentlichte er 2011 „Meine Geschichte der DDR“. (5)

Zunächst: Leonhard beansprucht die DDR-Geschichte, in der er nie gelebt hat. Als er 1945 in der „Gruppe Ulbricht“ gewirkt hatte, war er Mitglied der KPD, später Spitzenfunktionär in der SED. Er hatte deren erste Bildungshefte geschrieben. Er zeichnete jahrzehntelang sein Bild über Ereignisse und Personen, aber die DDR-Geschichte gehörte ihm nicht. Er war nicht einen Tag Bürger der DDR und seine Schulfreunde aus Moskauer Zeiten (Stefan Doernberg, Markus Wolf und Frido Seydewitz) besuchte er erst nach der „Wende“.

4 Otto Grotewohl: Brüder in eins nun die Hände Berlin 1956 S.148

5 Wolfgang Leonhard: Meine Geschichte der DDR, Reinbeck bei Hamburg 2011

Leonhard wusste, dass der Drang zur Einheit überwältigend gewesen war, aber er ließ sich darüber aus, dass die KPD „als verlängerter Arm der sowjetischen Besatzungsmacht“ galt und als „Russenpartei“ verschrien gewesen sei. Wie sich das erklärte, sagte er nicht. Wer den Antisowjetismus und warum gezüchtet hatte, wusste er als Renegat nicht mehr. Er erfand „Versionen“ über Gespräche z.B. mit Marschall Shukow, der die Bestrebungen zur Arbeitereinheit begrüßt und unterstützt hat. (6) Dabei gibt es ausreichend Dokumente.

Um den Subjektivismus in den Darstellungen Leonhards zu belegen, zitiere ich Sätze über den 7. Juni 1945 und verweise zum Vergleich auf den Text in der „Deutschen Geschichte“. „Am 4. Juni 1945 war Ulbricht plötzlich verschwunden. Vergeblich suchten wir ihn. Schließlich brachte jemand in Erfahrung, dass er abgereist war - nach Moskau. Uns hatte er kein Wort gesagt. Er war nicht allein unterwegs: Die Leiter der beiden anderen Gruppen begleiteten ihn, Anton Ackermann, der mit seinen Leuten in Sachsen tätig war, und Gustav Sobottka, der in Mecklenburg agierte. Später stellte sich heraus, dass sie von höchster sowjetischer Stelle nach Moskau beordert worden waren. Komintern Führer Georg Dimitroff geleitete die drei Genossen aus Deutschland ins sowjetische Politbüro. Dort standen sie plötzlich Stalin gegenüber. Er gab die veränderte Linie bekannt: unverzüglich sollte die Kommunistische Partei Deutschlands neu gegründet werden. Das war ein totaler Bruch mit den bisherigen Direktiven“. (7)

Das, was Leonhard „totalen Bruch mit bisherigen Direktiven“ bezeichnete, ergab sich schlicht aus dem Befehl 2 der SMAD, der die Tätigkeit antifaschistischer Parteien erlaubte. (8).

Dieser Befehl behinderte die Bündnispolitik der Antifaschisten keineswegs. Statt etwas Geheimnisvolles in den Flug Ulbrichts und einiger Begleiter zu Stalin zu fabulieren, hätte Le-

6 Sergei Tjulpanow: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949) Berlin 1986 S.135 f.

7 Leonhard a. a. O. S.72

8 Text in Deutsche Geschichte a.a.O. S.53

onhard besser den Inhalt und die Bedeutung des Dokuments darstellen sollen, das als „Gründungsaufruf“ der KPD vom 11. Juni 1945 in die Geschichte einging und für die politische Orientierung für den Neuaufbau in der sowjetischen Zone von fundamentaler Bedeutung war.⁽⁹⁾ Die Autoren des Aufrufs beschrieben zunächst die trostlose Lage: „Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete, Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen. Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.“ Dann fragten sie: „Und wer trägt daran die Schuld?“

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.“ Wenige Monate später wurden sie im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess verurteilt und damit diese Schuld partiell gesühnt.

Die Autoren analysierten Ursachen für den Machtantritt der Nazis und bekennen auch die Mitschuld der KPD: „Wir deutschen Kommunisten erklären, dass auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutsopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unsere Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den er-

⁹ Text in Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967 5.191 f.

folgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte."

Die KPD fühlte sich schuldig, obwohl sie wie keine andere Partei vor und nach 1933 unter großen Opfern gegen die faschistische Pest gekämpft hatte. Der Aufruf wandte sich dann der Frage zu, welche Konsequenzen aus der Lage und den historischen Erfahrungen zu ziehen sind: „Daher fordern wir: Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluss mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!"

Der Aufruf gab eine klare Orientierung für die politische Entwicklung, wie sie die KPD wollte: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk."

Der Aufruf formulierte 10 unmittelbare und dringende Aufgaben:

1. Die Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei.
2. Die Überwindung von Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit
3. Die Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten
4. demokratische Selbstverwaltungen
5. Schutz vor Unternehmerwillkür und unbotmäßiger Ausbeutung

6. Enteignung des Vermögens von Nazi und Kriegsverbrechern
7. Enteignung des Großgrundbesitzes und Zuweisung des Bodens an die Bauern
8. Verkehrsbetriebe, Wasserwerke u.a. gehen in die Hände von Selbstverwaltungsorganen
9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben, mit andern Völkern
10. Pflicht zur Wiedergutmachung

Welche Gründe kann Leonhard gehabt haben, sich später an den Aufruf der KPD nicht zu erinnern, der damals die politische Grundlage seines Wirkens war? Weil die KPD sich exakt an diesen „Fahrplan“ gehalten hat? Weil Stalin diesen Weg abgesegnet hat? Weil er selbst im Juni 1945 in Moskau nicht dabei war?

Leonhard stellte zu Recht fest, dass es Antifaschisten gab, die die Arbeitereinheit sofort wollten. Die KPD war dennoch dafür, die Einheit mit der SPD von der Basis her vorzubereiten und Streitfragen im Prozess der Zusammenarbeit zu klären. Vorbehalte aus der Vergangenheit gab es in beiden Parteien, und sie waren nicht über Nacht zu überwinden. Die Vorbereitung der Vereinigung der Arbeiterparteien in der sowjetischen Zone war einerseits begleitet von ähnlichen Bestrebungen in den Zonen der Westalliierten, andererseits vom Widerstand derjenigen SPD-Politiker, die auf die Integration der Sozialdemokratie in die bürgerliche Gesellschaft hinarbeiteten. Deren wichtigster Wortführer wurde Kurt Schumacher. Dessen Prinzip lautete: „Die einzige für die politische Sache der Arbeitenden mögliche Form der sozialdemokratisch - kommunistischen Annäherung (wäre) die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Arbeiter. (10)

(Erinnert das nicht an eine aktuelle Diskussion?)

10 Kurt Schumacher: Nach dem Zusammenbruch, Gedanken über Demokratie und Sozialismus, Hamburg 1948 S.61

Diese Position war unvereinbar mit der Otto Grotewohls, der am 15. Juni 1945 erklärte: „Das höchste und wertvollste Gut der Arbeiterklasse ist die Einheit, wir wollen sie einmal unbefleckt und rein in die Hände der uns folgenden Generation legen, damit sie uns nicht später sagt: Ihr habt Euch in großer Stunde klein gezeigt! „(11)

Die Position Otto Grotewohls und Kurt Schumachers waren unvereinbar. Der Riss in der Frage der Arbeitereinheit ging mitten durch die Sozialdemokratie. Es handelte sich bei diesem Konflikt nicht um die persönlichen Beziehungen zwischen Schumacher und Grotewohl, sondern um die Grundsatzentscheidung, ob nach 1945 die politische Arbeiterbewegung der Entwicklung den Stempel aufdrücken kann oder ob die Bourgeoisie weiter herrscht als hätte es 1945 nicht gegeben. Ob die einheitliche Arbeiterpartei eine marxistisch-leninistische Partei wird oder - wie die SPD in der Weimarer Republik - eine unter anderen bürgerlichen Parteien, entschied über die weitere Perspektive in Deutschland.

In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird vor allem der undemokratische Charakter der SED getadelt und Otto Grotewohl als „Verräter“ an der Demokratie verleumdet. Wir philosophieren hier nicht über den Klassencharakter jeder Demokratie, aber wir prüfen hier an einigen Beispielen, wie die Verleumdungen vorgetragen wurden. Wolfgang Leonhard war hier „Kronzeuge“, denn er war der einzige der Gruppe Ulbricht, der zum Gegner überlief und die „Stalinisierung“ noch erlebt hatte. Er berichtete in „Mein Geschichte der DDR“ (zum wiederholten Male) über ein Gespräch, das Walter Ulbricht am 2. Mai 1945 leitete: „Ulbricht ging es an diesem Abend darum, die Diskussion zu beenden. Wir sollten die Leute für unsere Arbeit gewinnen, möglichst viele und aus möglichst unterschiedlichen politischen Lagern. Wichtig war ihm, dass wie darüber nicht unsren Einfluss verloren.“

„Aber wie sollten wir die vielen Bürgerlichen für die Zusam-

menarbeit mit uns gewinnen? Ulbricht brach die Debatte mit einer letzten Klarstellung ab: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Vor mehr als 50 Jahren habe ich diesen Satz in meinem Buch „Die Revolution entlässt Ihre Kinder“ erwähnt - und es bald schon bereut. Unzählige Male ist dieser Ausspruch zitiert, oder besser gesagt, verzerrt worden. Meist sollte er beweisen, dass Ulbricht schon damals die Errichtung einer Diktatur geplant habe. Aber das war keine Direktive, die für alle Zeiten zu gelten hatte, und schon gar nicht die Urformel für den späteren Staatsaufbau der DDR. Dort hatte zwar die SED alles in der Hand, aber demokratisch wirkte es gewiss nicht mehr.“(12)

Im Mai 1945 wusste Leonhard schon manches über die marxistische Sicht auf Staat und Revolution, und er wusste, dass und wie Lenin (gestützt auf die Arbeiten von Marx) die Erfahrungen der Pariser Kommune genutzt hatte. Er wusste auch, dass über die Form der Machtergreifung im Mai 1945 (noch) nicht in den Trümmern Berlins entschieden wurde. Die großen antifaschistisch-demokratischen Reformen der Folgejahre - die Bodenreform, die Enteignung der Kriegsverbrecher, die Schul- und Justizreform und andere Umwälzungen sahen nicht nur demokratisch aus, sie waren Akte der Demokratie und zugleich der Anfang eines revolutionären Prozesses, der zur Überwindung der Wurzeln von Kapitalismus und Krieg führen sollte.

Leonhard ist auch Otto Grotewohl begegnet. Er wusste u.a. zu berichten, dass Anfang Januar 1946 sich unter den Gästen Wilhelm Piecks, der seinen 60. Geburtstag feierte, Unruhe breit machte „denn in diesen Tagen war Grotewohl für jeden Kommunisten ein rotes Tuch“. Woher wusste er das? (13) Hatte er damals *jeden* Kommunisten befragt oder reichte ihm sein eigenes (Vor-) Urteil?

Während die Sozialdemokratie im Prager Manifest von 1934

12 Wolfgang Leonhard: Meine Geschichte a.a.O. S.59

13 Wolfgang Leonhard a.a.O. S.81

noch die Notwendigkeit der „Einheit des revolutionären Sozialismus“ begründet hatte und Otto Grotewohl dieser Konzeption folgte, verbündete sich Kurt Schumacher sogar mit der Besatzungsmacht, um die Arbeitereinheit in den Westzonen zu verhindern.

Zu den Vorwürfen an die Adresse Grotewohls gehörte

- er habe die SPD als „Blutspender“ für die KPD missbraucht,
- er sei „Befehlsempfänger“ der sowjetischen Besatzungsmacht gewesen,
- er habe die „Stalinisierung“ der SED legitimiert,
- er habe mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1950 „Verrat an Deutschland“ geübt.
- Er sei ein „gescheiterter Sozialdemokrat“ gewesen. (14)

Im Unterschied zu Wolfgang Leonhard lernte ich Grotewohl erst bei seiner Rede in Weimar „Amboss oder Hammer“ kennen und schätzen und konnte sein verdienstvolles Wirken für Dresden verfolgen. Hätten wir doch heute einen Grotewohl als Regierungschef!

Wolfgang Leonhard ist nicht der einzige Renegat, der sich als Stichwortgeber zur Gründung der SED seinen Ruf als Kremlastrologe erwarb. In gleicher oder ähnlicher Weise schrieben Erich Gniffke, der bis 1948 Mitglied des Sekretariats des ZK gewesen war, Gustav Dahrendorf, Hermann Weber, Carola Stern und andere. (15)

Aus den genannten und anderen Arbeiten spricht nicht nur die Enttäuschung und die Wut darüber, dass die Politik und Geschichte der SED die Ziele und Pläne des Imperialismus durchkreuzte und über Jahrzehnte behinderte.

14 Marcus Jod!: Amboss oder Hammer? Otto Grotewohl Eine politische Biographie, Berlin 1997

15 Carola Stern veröffentlichte schon 1957 das Porträt einer bolschewistischen Partei, nach 1990 wurde ihre Agententätigkeit in der SBZ nach 1945 bekannt

Die Diskreditierung der SED im Allgemeinen, die Lüge von der „Zwangsvereinigung“ im Besonderen, hatte einen zentralen Platz im kalten Krieg, in der Strategie des „Wandels durch Annäherung“ und verstärkt nach der »Wende“.

Einer der Gründe dafür ist, dass die PDS/Linkspartei als „Nachfolgepartei der SED“ für negative Seiten der SED-Politik verantwortlich gemacht wird und gemeinsame fortschrittliche Aktionen von SPD und Linken verhindert werden sollen. Selbst das „Dialogpapier SPD-SED“ vom August 1989 wurde im Orkan des Vergessens versenkt.

In und nach der „Wende“ wurde klarer denn je, dass die Einheit der Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage in der DDR ein Segen war und für das geeinte Deutschland von Nutzern wäre.